

Detlev v. Larcher
1990 bis 2002 SPD-MdB
Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac-Deutschland

An die Mitglieder der
SPD-Bundestagsfraktion
per Mail

Weyhe/Frankfurt 21. März 2007

Kritisches zum Argumentationspapier Peer Steinbrücks „Unternehmensteuerreform 2008 – eine Investition in die Zukunft, die sich lohnt“

Das grundsätzliche Problem mit dem Papier

In einem Brief, an euch, die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion wirbt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück um Unterstützung für sein Konzept zur Unternehmensteuerreform und stellt ein Argumentationspapier zur Verfügung, das verständliche Antworten auf kritische Fragen geben soll. Angesichts der teilweise heftigen Kritik aus der Fraktion, den SPD-Landesverbänden und der Parteibasis ist das nicht verwunderlich.

Allerdings kann das Schreiben die Zweifel an der Reform, die es zu recht auch in euren Reihen nicht zu knapp gibt, keineswegs ausräumen. Einige der wirklich kritischen Fragen werden nicht gestellt. Und die Argumentation in den Antworten ist teilweise irreführend und sehr widersprüchlich.

Insgesamt zählt das Papier so ziemlich alles auf, was man aus sozialdemokratischer Sicht an der Reform gut finden kann, seien es nun Ziele, einzelne Gestaltungsmerkmale oder mögliche Auswirkungen der Reform. Es führt aber keine Belege dafür an, dass die Ziele durch die Reform tatsächlich erreicht werden, wie die Auswirkungen konkret sein werden, und vor allem, ob nicht andere Ausgestaltungsmerkmale deutlich besser sein könnten.

Denn viele der Kritiker zweifeln ja weder an den Zielen (mehr Wachstum und Beschäftigung, langfristige Sicherung der Staatsfinanzierung), noch an der grundsätzlichen Stoßrichtung. Ihnen geht es vielmehr um konstruktive Kritik. Sie fordern Korrekturen am Entwurf, die zu mehr Steueraufkommen und Verteilungsgerechtigkeit führen.

Das Papier von Finanzminister Steinbrück gibt aber gerade keine Antwort darauf, warum etwa eine geringere Absenkung der Steuersätze, eine weitere Stärkung und Verstärkung der Gewerbesteuer oder ein Verzicht auf die Abgeltungsteuer nicht möglich und sinnvoll sein könnten. Dass solche Korrekturen beim Koalitionspartner nicht leicht durchzusetzen sein werden, ist zwar vermutlich richtig, es ist aber kein inhaltliches Argument.

Wer die Reform aus politischen Gründen unbedingt durchpauken möchte, der wird sich nur zu gern mit den (Schein-)Argumenten des Steinbrück-Papiers zufrieden geben. Wer aber angesichts der Reformpläne ernsthaft in Sorge um die Steuergerechtigkeit und die Staatsfinanzierung ist, der wird sich damit nicht abspesen lassen.

Die Probleme entlang des Argumentationspapiers von Peer Steinbrück im Einzelnen

„Frage: Euch geht es doch nur um die Entlastung der Unternehmen!?“

Antwort: Nein, unser zentrales Ziel ist die langfristige Sicherung der Staatseinnahmen.“

Einwände: Das Ziel ist ja prima. Tatsache aber ist, dass ihr über den Zeitrahmen einer kompletten mittelfristigen Finanzplanung erstmal die Unternehmen saftig entlastet, falls ihr diesem Gesetzentwurf zustimmt. Und das mit drei Jahren in Folge über 6 Mrd. Euro nicht zu knapp. Und dass, obwohl für andere, wahrlich sozialdemokratische Projekte, wie den Ausbau der Kinderbetreuung, immer erst die Finanzierungsfrage im Vordergrund steht. Wäre es nicht glaubwürdiger, die Reform von Anfang an

mindestens aufkommensneutral zu gestalten? Die Maßnahmen zur Verhinderung der internationalen Gewinnverlagerung sind doch grundsätzlich eine gute Idee. Warum aber nur diese Steuerausfälle?

Frage: Die Gewinne und Steuern sprudeln doch wie verrückt. Warum muss man dann überhaupt etwas tun?

Antwort: Die derzeitige Unternehmensbesteuerung fördert die Entkoppelung von Gewinnen und Steueraufkommen.“

Einwände: Es bestreitet doch niemand, dass man gegen die Gewinnverlagerung etwas tun muss. Und einige der vorgesehenen Maßnahmen sind da bestimmt sinnvoll. Aber das erklärt noch nicht, warum man dabei unbedingt netto erstmal Geld verlieren soll. Und auch, wenn es sicher Entkoppelungstendenzen gibt: Gerade die rasante Entwicklung des Unternehmensteueraufkommens in den letzten vier Jahren zeigt doch, dass sich die Gewinnentwicklung durchaus noch im Aufkommen widerspiegelt. In wie vielen Jahren genau soll denn die Erosion der Steuerbasis einsetzen? Ist es nicht eher so, dass der absolut wie im internationalen Vergleich traurig geringe Beitrag der Unternehmensgewinne zum Steueraufkommen in Deutschland über die letzten beiden Jahrzehnte weniger auf „Entkopplungstendenzen“ als vielmehr auf ständige politische Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung der Unternehmen zurückzuführen ist? Die positive Entwicklung seit 2003 zeigt, was in Abwesenheit von Steuersenkungen passiert: Das Aufkommen passt sich rasant der wirtschaftlichen Entwicklung und der Gewinnentwicklung an.

Frage: Es ist doch ein Widerspruch, dass man mit niedrigeren Steuersätzen zu mehr Steuereinnahmen kommen soll?

Antwort: Nein, das wäre nur ohne Verbreiterung der Bemessungsgrundlage richtig. Die langfristige Sicherung der Staatseinnahmen erfordert eine Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf ein international mittleres Niveau. Sonst bricht die Steuerbasis weg.

Einwände: Zur weg brechenden Steuerbasis siehe vorherige Einwände. Also der Körperschaftsteuersatz ist mit 15 % nach der Reform aber ganz schön niedrig und nicht mittel. Aber wahrscheinlich ist der gesamte Satz inkl. Gewerbesteuer und Soli gemeint. Also wenn der ins Mittelfeld soll: Kann der nicht zwei Prozentpunkte höher bleiben, wenn das die Aufkommensverluste reduziert? Und wenn bei der Gewinnverlagerung so viel zu holen ist, dann verbreitert doch die Bemessungsgrundlage noch ein bisschen mehr und es kostet auch in den ersten fünf Jahren nicht mehr. Und falls es wirklich auf Symbolwerte, wie unter 30% bleiben und auf jeden Prozentpunkt, ankommt, dann muss der Steuerwettbewerb ja wirklich sehr scharf sein. Wenn er das ist, dann ist der naiv, der glaubt, die anderen Staaten würden sich von Deutschland ausbooten lassen. Die Franzosen haben auch prompt schon mit einer Steuersenkungsdiskussion begonnen. Dann können wir uns spätestens in drei bis fünf Jahren auf die nächste große Steuersenkung gefasst machen. Die dann wieder „vorübergehend“ Geld kosten wird, bevor sie dann in der langen Frist mehr Geld bringt – falls sie nicht von der nächsten Reform abgelöst wird... **Die Wahrheit ist, Deutschland leidet nicht unter dem Steuerwettbewerb, sondern Deutschland heizt ihn an.**

Frage: In den ersten Jahren liegen die Steuerausfälle für den Staat bei über 6 Mrd. Euro Das können wir uns doch gar nicht leisten!?

Antwort: Das sind die Kosten der Zukunftsinvestition – kein nutzloser Verzicht! Trotz dieser anfänglichen Steuerausfälle erreicht das Unternehmenssteueraufkommen schon bald wieder das Niveau vor der Reform und geht darüber hinaus.

Einwände: Dass das Unternehmenssteueraufkommen sich sehr dynamisch der Konjunkturlage anpasst ist richtig. Insofern kann es tatsächlich sein, dass es auch nach der Reform schon nach relativ kurzer Zeit wieder das Niveau von heute erreicht. Tatsache aber ist: Laut dem Finanztableau des Entwurfs wäre es im Jahr 2012 eben ohne Reform noch 3,5 Mrd. Euro höher. Und die interessante Frage ist doch nicht, was passiert, wenn die Konjunktur bis 2012 einigermaßen rund läuft. Das wäre dann ja ein siebenjähriger Aufschwung. Einen solchen hat die deutsche Wirtschaft doch eher selten gesehen – zumal seit der deutschen Einheit. Was passiert aber, wenn die Wirtschaft irgendwann zwischen 2008 und 2012 in einen Abschwung gerät? Dann ist die ganze schöne Zuwachsrechnung Makulatur und die Einnahmen – besonders die Unternehmenssteuern – brechen dann ein. Dann steigen die Defizite wieder und es kommt auf jeden Euro an. Umso schmerzlicher würden dann die fünf bis sechs Mrd. Euro aus der Reform fehlen. Viele tun so, als sei der Einbruch des Aufkommens nach 2001 eine kleine Panne gewesen, die aber fast spurlos vorübergegangen sei. In Wirklichkeit hat der Einbruch (der ja auch stark konjunkturbedingt war, keine Frage), zu drastischer Sparpolitik geführt.

Also solltet ihr euch nicht ausmalen, wie viel Geld ihr in der Kasse haben werdet, wenn es weiter halbwegs rund läuft, sondern ob eure Reform auch krisenfest ist. Oder stürzt sie den Staat dann wieder in die nächste Finanzkrise?

„Frage: Ihr rechnet Euch Eure Reform doch schön. Wenn Ihr auf die Reform verzichten würdet, dann wäre doch das Steueraufkommen in den nächsten Jahren höher!?“

Antwort: Nein! Bei einem Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform wäre das Steueraufkommen nur in den ersten Jahren höher. Danach käme es zu einer zunehmenden Erosion der Steuerbasis. Die Steuereinnahmen würden zurückgehen, statt steigen.“

Einwände: siehe oben. Immerhin rechnet der Finanzminister ja selbst mindestens fünf Jahre mit weniger Aufkommen. Tut doch einfach etwas, damit es kurzfristig nicht zu Verlusten kommt und heimst eure langfristigen Vorteile ein! Warum soll das nicht möglich sein!?

„Frage: Bei der angenommenen positiven Entwicklung des Steueraufkommens spielt doch bestimmt wieder ein Selbstfinanzierungseffekt der Reform eine wichtige Rolle, von dem doch niemand weiß, ob er überhaupt eintritt!“

Antwort: Nein!“

Einwände: Es stimmt, dass bei der Entwicklung des Steueraufkommens insgesamt keine Selbstfinanzierungseffekte unterstellt sind. Wie schon erläutert ist dafür die allgemeine Konjunkturerwicklung ohnehin viel wichtiger. Bricht die irgendwann in den nächsten sechs Jahren ein, ist die Rechnung sowieso Makulatur. Viel wichtiger ist doch, wie die Steuerausfälle durch die Reform berechnet wurden. Und da gibt es zwar keine Selbstfinanzierung, aber doch ein paar Posten, die zumindest Risiken bergen. Das gilt einmal für die 3,9 Mrd. Euro, die durch niedrigere Steuersätze wieder verstärkt im Inland versteuert werden sollen. Da hatte man sich bei der „Brücke in die Steuerehrlichkeit“ ja auch schon mal um den Faktor 5 verkalkuliert. Und es gilt für die ganzen steuertechnisch komplexen Regelungen mit Zinsschranke, Mantelkauf, Funktionsverlagerung etc. Bevor restlos klar war, wie das technisch überhaupt abgewickelt werden sollte, gab es aber schon ein Finanztableau, in dem die fiskalischen Effekte auf 10 Mio. Euro genau quantifiziert wurden. Insgesamt birgt die Reform klare Aufwärtsrisiken, was die Aufkommensverluste angeht.

„Frage: Bei der letzten Senkung der Unternehmenssteuern seid ihr doch auch ganz optimistisch gewesen und es kam dann ganz anders. Die Steuereinnahmen sind dramatisch eingebrochen!?“

Antwort: Mit einer Wiederholung des starken Rückgangs des Körperschaftsteueraufkommens wie 2001 ist nicht zu rechnen.“

Einwände: Es stimmt, dass die spezielle Ausschüttungsproblematik bei der Reform 2008 nicht besteht. Aber natürlich gibt es Aufkommensrisiken (s.o.). Angenommen, ihr habt euch doch verkalkuliert und zwar um 5 Mrd. und dann bricht 2009 noch die Konjunktur ein? Dann könntet ihr ohne weiteres nicht mehr 58,1, sondern nur noch 40 Mrd. Euro an Unternehmenssteuern haben. Das ist zwar keine Halbierung wie 2001, aber doch immerhin ein Problem.

„Frage: Und wie stellt ihr sicher, dass die Kommunen nicht unter massiven Einnahmeverlusten leiden?“

Antwort: Die Kommunen gehören zu den Gewinnern der Reform. Sie profitieren von der Unternehmensteuerreform.“

Einwände: Aber so richtig überzeugend gestärkt sieht doch anders aus: Immerhin sind für einige Jahre Verluste eingeplant. Das heißt ja, dass die Kommunen erstmal verlieren. Und dass ihr 2012 fast 50 Mrd. Euro Gewerbesteuer erwartet, das kann sich bei schlechterer Konjunkturlage schlagartig ändern. Umso wichtiger, dass die Gewerbesteuer „ertragsunabhängiger“ wird. Da hat der Entwurf tatsächlich ein paar Punkte in die Steuerbasis mit aufgenommen. Allerdings hat er im Gegenzug auch die 50%-Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen gestrichen, so dass der Verstetigungseffekt eher gering sein dürfte. Wenn das mit der Verstetigung der kommunalen Einnahmen so wichtig ist, warum werden die ertragsunabhängigen Elemente nicht mehr gestärkt. Das würde im Übrigen auch zu einem Mehraufkommen führen.

„Frage: Durch die Einführung der Abgeltungssteuer werden doch nur die Vermögenden entlastet?“

Antwort : Nein! Durch die Einführung der Abgeltungssteuer und die Abschaffung des Halbeinkünfteverfahrens wird die Belastung auf der Ebene der Dividendenbezieher sogar erhöht.“

Einwände: Also das ist doch jetzt wirklich bewusst irreführend! Auf der Ebene der Dividendenbezieher stimmt es natürlich. Weil 25% von 100% größer sind als 45% von 50%. Aber wenn man den Zusatz „auf der Ebene der Dividendenbezieher“ weg lässt und die gesamte Steuerbelastung des Gewinns betrachtet, dann sieht man, dass die Vermögenden sehr deutlich entlastet werden. Denn vom Unternehmensgewinn bleiben aufgrund der Unternehmenssteuerreform etwa 9 Prozentpunkte mehr zur Ausschüttung an die Anteilseigner übrig. Dass diese dann darauf 2,5 Prozentpunkte mehr Steuern zahlen müssen, mindert die Entlastung nur ein wenig. Keine Frage: Die Vermögenden werden durch die Abgeltungssteuer deutlich entlastet! Macht euch doch nicht durch solche Tricks angreifbar!

„Frage: Könnt ihr in drei Sätzen erklären, warum die Unternehmensteuerreform wichtig ist?“

„Antwort: 1. Die Unternehmensteuerreform ist eine rentable Zukunftsinvestition.“

Einwände: Wenn sie eine rentable Investition ist, wie hoch ist denn dann die Rendite? Wie viel Wachstum und Beschäftigung bringt sie denn eigentlich ungefähr? Habt ihr das genau verglichen mit der Rendite anderer Projekte – z.B. Investitionen in Bildung, Forschung, Kinderbetreuung? Angenommen, es käme überhaupt nicht zu Steuerausfällen, weil ihr die Steuersätze weniger senken oder die Schlupflöcher noch konsequenter dicht machen würdet, um wie viel würde denn dann die Rendite abnehmen? Kann der Finanzminister mal konkret sein?

„Antwort: 2. Sie sichert und stärkt die Besteuerungsbasis in Deutschland und sorgt dafür, dass Unternehmen in Deutschland wieder mehr Steuern zahlen.“

Einwände: Laut dem euch vorliegenden Finanztableau zahlen sie aber erstmal mindestens fünf Jahre lang weniger Steuern. Laut Tableau sind das in den Jahren 2008 bis 2012 insgesamt 30 Mrd. Euro. Davon sind 16 Mrd. Steuerausfall von den Ländern und Kommunen zu verkraften, von denen ihr doch in den nächsten Jahren den Ausbau der Kinderbetreuung erwartet. In wie vielen Jahren ist denn gegenüber einer Situation ohne Reform mit einem Mehraufkommen zu rechnen? Falls es ungefähr sieben Jahre sein sollten: Im Jahr des Inkrafttretens 2008, wird die letzte große Reform von 2001 genau sieben Jahre alt sein. Wie viel mehr werden sie denn zahlen? Was heißt überhaupt mehr? Wenn ihr davon ausgeht, dass ohne Reform die Steuerbasis komplett weg bricht, dann ist ein winziges Aufkommen ja auch mehr, aber kein Kunststück. Oder soll es heißen, dass der prozentuale Beitrag, den die Unternehmen zum Steueraufkommen leisten, gegenüber heute zunehmen wird? Oder der Beitrag in Prozent des Bruttoinlandsproduktes? Konkret ist anders.

„Antwort: 3. Sie trägt zu einem fairen und sozial gerechten Beitrag der Unternehmensgewinne an der Finanzierung des öffentlichen Gemeinwesens bei.“

Einwände: Siehe auch die vorstehenden Einwände. Wieso aber ist es eigentlich sozial gerecht, wenn ihr mit der Abgeltungssteuer sämtliche Kapitaleinkünfte gegenüber Arbeitnehmereinkommen pauschal privilegiert? In einer Zeit, in der ihr selbst Gerechtigkeitsdebatten führt, vergrößert ihr damit die Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung noch weiter. Denn größere Kapitaleinkünfte werden weit überwiegend von den ohnehin schon Wohlhabenden und Reichen bezogen. Ist das sozialdemokratisch?

Genossinnen und Genossen, die ihr mit Peter Struck zustimmen wollt: wacht auf und erkennt, was ihr tun wollt!